

Laval und Briand am 26. und 27. August in Berlin.

Paris, 14. August.

Ueber den Besuch des deutschen Botschafters von Hoersch beim Ministerpräsidenten Laval wird folgendes offizielle Kommuniqué ausgegeben:

Ministerpräsident Laval hat Donnerstagnachmittag den deutschen Botschafter von Hoersch empfangen. Botschafter von Hoersch hat im Namen der deutschen Regierung offiziell Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand eingeladen, sich nach Berlin zu begeben. Der Ministerpräsident hat Herrn von Hoersch gedankt und diese Einladung ohne ein Datum, das angesichts der Abwesenheit Briands von Paris noch nicht festgesetzt werden kann, angenommen.

Zu diesem offiziellen Kommuniqué fügt die Agentur Havas hinzu: Wir glauben zu wissen, daß der Besuch des Ministerpräsidenten und des Außenministers in Berlin am 26. und 27. August ausgeführt wird. Herr Laval hat dem deutschen Botschafter von Hoersch mitgeteilt, daß er in der Lage sein werde, ihn hierüber endgültig Freitag am späten Nachmittag zu unterrichten.

Eine Rundfunkrede Walkers.

M. Berlin. In einer Sonderveranstaltung der Reichs Rundfunkgesellschaft in Verbindung mit der National-Broadcasting Co. von Amerika sprach gestern am späten Abend vom Hotel Adlon aus der Bürgermeister von New York James Walker über alle deutschen Sender zu den deutschen Hörern, über alle amerikanischen Sender zu den Amerikanern.

Die Rede hielt Jimmy Walker in seiner Heimatssprache, so daß natürlich ihre Verständlichkeit und damit ihre direkte Eindringlichkeit für die meisten deutschen Hörer verloren gehen mußte, wurde von Dr. Jordan, übersetzt. Walker wies einleitend darauf hin, daß diese Gelegenheit einer Rundfunkveranstaltung wohl einzigartig sei in der Geschichte des Radio. Heute seien zum erstenmal sämtliche deutschen Sender und sämtliche großen Sender der Vereinigten Staaten in einer großen Kette zusammengeschlossen, die ein Gebiet umfassen mit einer Einwohnerzahl von über 200 Millionen Menschen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er auf diesem Wege seine Grüße in die Heimat senden könne. Die Gastfreundschaft, die er in Berlin auch diesmal bei seinem zweiten Besuch in Deutschland wieder vorgefunden habe, habe sich in keiner Weise geändert durch die schwere Wirtschaftskrise, die auf dem deutschen Volke lastet. Er hat, daß alle seine Landsleute in Amerika sich dessen bewußt sein mögen. Er habe das Gefühl, daß das amerikanische Volk dem deutschen Volk dank schulde, Deutsche hätten mitgewirkt beim Aufbau und Ausbau seiner großen Heimatstadt New York. Die New Yorker und alle Amerikaner sollten aber noch mehr von Deutschland wissen, um den Mut und die Widerstandskraft des deutschen Volkes in dieser schweren Krise, die es augenblicklich durchlebt, richtig würdigen zu können. Der amerikanische Botschafter in Berlin Sackett habe ihm (dem Bürgermeister Walker) über die Leiden Deutschlands in den letzten Wochen viel erzählt. Die New Yorker sollten sehen, sagte Walker, wie trotz aller dieser Mühe die Menschen aufrecht geblieben sind und den Mut nicht verloren haben. Wenn man sie sehe auf den Straßen, wie sie immer noch lächeln und frohen Mutes sind, so erscheine das wie ein Wunder. Er habe allerdings auch hinter die Kulissen gesehen und die große Not und das Elend in Deutschland mit eigenen Augen beobachten können. Er wünsche, daß die Welt mehr darüber erfahren möge. Zum Schluß betonte Walker, er habe das feste Vertrauen, daß Deutschland wieder hochkommen werde und seiner Bestimmung gerecht werden würde.

Notverordnung und kommunale Betriebe

Berlin, 14. August.

Der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände gibt in einer Erklärung sein Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen mit den Gewerkschaften zwecks Verständigung über die Notverordnung vom 3. Juni 1931 (Entlohnung der Gemeinbediensteten) zum Ausdruck. „Den Arbeitgeberverbänden, in denen die Gemeinden organisiert sind“, heißt es in der Erklärung, „ist deshalb im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Finanzwirtschaft die Notwendigkeit aufgezwungen, die U n g l e i c h u n g e r L ö h n e der Gemeinbediensteten an die der Reichsbediensteten gemäß der Notverordnung durch einseitige Maßnahmen sicherzustellen.“

Auch der Gesamtverband der kommunalen Arbeitnehmer Deutschlands stellt in einer Erklärung das Scheitern der Verhandlungen über die Gemeinbedienstetenlöhne fest und macht auf die ernststen Folgen aufmerksam, die ein Lohnkampf in den Gemeindebetrieben hervorrufen könnte.

Börseneröffnung unbestimmt

Berlin, 14. August.

Die Sitzungen des Berliner Börsenvorstandes, die sich insbesondere mit der Frage der Wiedereröffnung der Börse befassen, endeten ohne politische Beschlüsse. Die Besprechungen, u. a. auch in den zuständigen Ministerien, dürften aber voraussichtlich bald fortgesetzt werden.

Schwere politische Zusammenstöße.

Kopenhagen. (Funkepruch.) Nach einer hart besetzten sozialdemokratischen Parteiverammlung kam es gegen Witternacht zwischen heimkehrenden Versammlungsteilnehmern und Nationalsozialisten, die Karten zum auswärts erhalten hatten, an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Schlägereien. Drei Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Außerdem waren noch etwa 20 bis 25 Leichtverletzte zu verzeichnen. Die Polizei griff mit allen verfügbaren Kräften ein und läuderte die Straßen.

Keine Spur von Cramer.

Kopenhagen. Die sich inzwischen herausgestellt hat, stammt der Solinger, den man an der Bekannte Färlands gefunden hat, nicht von einem Flugzeug, steht also nicht mit Cramers Flug in Verbindung. Ueber das Schicksal Cramers herrscht noch völlige Unklarheit. In Oslo ist man der Ansicht, daß Cramer auf der offenen Nordsee verunglückt ist.

Dr. Gereke über den Existenzkampf der Landwirtschaft.

Abg. Berlin. In Halle a. S. sprach vor den Vertrauensmännern der Bauernpartei der Provinz Sachsen der stellvertretende Parteiführer Dr. Gereke über die gesamtpolitische Lage. Er beschäftigte sich zunächst mit dem Ausgang des Volksentscheids und stellte dazu fest, das Gesamtergebnis sei keineswegs eine Niederlage für die Rechte. Es sei relativ die höchste Stimmziffer erreicht worden, die je bei einem Volksentscheid aufgebracht wurde. Viele Hunderttausende von Wählern seien ferner nicht hingegangen, weil sie glaubten, sich nicht öffentlich in einen Widerspruch zu den preussischen Regierungskreisen setzen zu können. Unter allen Umständen müsse damit aufgeführt werden, daß sich verschiedene am Volksentscheid beteiligte Organisationen und Parteien Vorwürfe über die angebliche Niederlage machten, denn wir brauchen eine breite nationale Front für die Reichspräsidentenwahl und die Wahlen zum preussischen Landtage im kommenden Frühjahr.

Dr. Gereke beschäftigte sich dann weiter mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Wenn auch Reichsernährungsminister Schiele sich unter den schwierigsten Verhältnissen bemüht habe, der Landwirtschaft zu helfen und seine Arbeit hoffentlich noch weitere Früchte tragen werde, so sei doch die Gesamtpolitik der Reichsregierung sehr bedenklich, da dort zum großen Teil die Auffassung herrsche, als ob wir ohne ausländische langfristige Kredite nicht auskommen könnten, die unter den heutigen Umständen doch nicht oder nur unter unmöglichen Bedingungen erreicht werden könnten. Man übersehe dabei auch, daß solche Kredite teilweise in Form von Waren, die der Landwirtschaft außerordentlich schädlich seien, wie durch Weizen-Import u. a. Die westlichen Länder seien zwar interessiert daran, daß wir wegetieren könnten, nicht aber hart, kräftig und frei würden. Daher sei äußerst bedenklich, daß wir die außenpolitische Freiheit, die wir nach dem Krieg hin hatten, mehr und mehr verloren hätten. Die Landbevölkerung habe die moralische Berechtigung, eine ausreichende Zollpolitik, Erntefinanzierung und Zinslenkung sowie alle Maßnahmen zu fordern, die das Reichsernährungsministerium und die Bauernpartei für notwendig halten. Schließlich hänge ja auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufs engste mit der Bekämpfung der Lage der Landwirtschaft zusammen.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gereke auf die ungeheuren Schwierigkeiten in den Landkreisen und Gemeinden hin. Was solle geschehen, wenn die Bezirksfürsorgeverbände die bisherigen Unterstützungssätze nicht mehr zahlen könnten? Wir brauchen eine weitgehende

Umgruppierung der Sozialgesetzgebung. Hier sei eine Rotverordnung angebracht. Statt dessen plane man ansehend, die Reform der sozialen Gesetzgebung dem Reichstag im Herbst zu überlassen, obwohl man genau wisse, daß eine Mehrheit für eine vernünftige Lösung nicht aufzubringen sei. Die Reichsregierung sage sehr gern, sie habe den Mut zur Unpopularität. Hier sei ein sehr geeignetes Kapitel, an dem sie diesen Mut beweisen könnte.

Der Parteitag des Deutschen Landvolks.

von Bauernschild-Tscheide zum Parteiführer gewählt.

Abg. Ueber den Parteitag des Deutschen Landvolks ist von der Partei folgender Bericht ausgegeben worden: „Auf dem heutigen Parteitag des Deutschen Landvolks (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) wurde als Nachfolger Ernst Höfers, dem der Reichstaatsabgeordnete Depp als Stellvert. Parteiführer eine vom Parteitag stehend entgegengenommene Gedankrede hielt, in der er die große Bedeutung Höfers für das deutsche Bauerntum und seine hervorragenden Eigenschaften als Mensch und Politiker besonders würdigte, daß bisherige Vorstandsmittglied von Bauernschild-Tscheide einstimmig zum Parteiführer gewählt, v. Bauernschild nahm die Wahl an, mit dem Versprechen, die Landvolkbewegung im Sinne und Geiste Höfers zu führen. — In seiner Programmsrede leitete er die Entwicklung der letzten zwölf Jahre, die, ausgehend von der Unterwerfung unter Versailles und von völliger Einseitigkeit der Innen- und Außenpolitik, zur Umkehrung der Substanz führte. Das neerinnerte Bauerntum stellt einen politischen Machtfaktor dar, dessen christlich-nationale Grundeinstellung ihn zum Kern der politischen Rechte macht. Das Landvolk kann nicht einer Reichsregierung folgen, die sich in Abhängigkeit von der letzten Außenpolitik befindet. — Die programmativen Erklärungen wurden einstimmig gebilligt.“

In einer lebhaften Ausdrucksweise, in der sich u. a. der Gründer der Landvolkbewegung, Staatsminister Baum-Weimar und Minister a. d. v. Reußen beteiligten, wurde der unerbittliche Wille zum Ein- und Ausschluß der bürgerlich-politischen Landvolkbewegung bekundet. Der Parteitag war trotz der Erntezeit aus allen Wahlkreisen, in denen das Landvolk auftritt, stark besucht.“

Politische Tagesübersicht.

Beschwerde gegen das Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Der Verlag der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hat gegen das Verbot des Blattes beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt.

Verkürzung von Zeitungsverboten. Die von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat der Oberpräsident das Verbot des Pfortener Kreiszeitungs und Zeitung sowie das Märkischen Landboten in Pomeran von vier Wochen auf eine Woche herabgesetzt, nachdem, wie erklärt wird, die Verleger beider Zeitungen bedauert haben, den beanstandeten Artikel, ein Aufruf des Stahlhelms zum Volksentscheid veröffentlicht zu haben und Zusicherungen für die Zukunft gegeben haben.

Keine Staatsgelder für das Reichsbannertreffen in Aachen. Im preussischen Landtag hat der deutschnationale Abg. Bork folgende kleine Anfrage an das Staatsministerium gerichtet: Sind dem Verein Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur Durchführung seines Aufmarsches in Koblenz Gelder aus Staatsmitteln direkt oder indirekt gezahlt worden, und wenn, in welcher Höhe? — Von ausländischer preussischer Seite wird dem Nachrichtenbüro des Vds. auf Anfrage dazu erklärt, daß die Annahme der Anfrage, daß der Reichsbanneraufmarsch in Koblenz irgendwie durch staatliche Gelder unterstützt worden sei, in keiner Weise zutreffe.

Deutschnationale Pressestelle gegen den „Vorwärts“. Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Die Spätausgabe des „Vorwärts“ vom 13. August bringt es fertig, über der riesigen Balkenüberschrift „Deutschnationale Korruption“ unerhörte Lügen über den braunschweigischen Finanzminister Küchenthal und die Unterführung, die er einer Braunschweiger Wohnungsbau-Gesellschaft gewährt habe, zu verbreiten. Wir beschränken uns darauf, die Behauptungen als das zu kennzeichnen, was sie sind, nämlich eine ganz niederträchtige Verleumdung, die für den „Vorwärts“ noch sehr unangenehme Wetterungen nach sich ziehen wird.“

Zur Aufdeckung der kommunistischen Kampforganisation in Aachen. Die Ermittlungen der Landes kriminalpolizei hinsichtlich der Aufdeckung der geheimen kommunistischen Kampforganisation in mehreren Orten des Ruhr-Reviers sind bisher noch nicht abgeschlossen. Von den am Mittwoch verhafteten 50 Kommunisten ist ein Teil wieder entlassen worden. Im übrigen gibt die Landes kriminalpolizei wie auch die Staatsanwaltschaft im Interesse der ungehinderten Fortführung der Voruntersuchung einstweilen weitere Nachrichten nicht heraus.

Der Zwischenfall von Sibabnemeti. Die beiden am Mittwoch von ungarischen Soldaten verhafteten ischakowitschischen Postbeamten Stefan und Smolik sind in der vergangenen Nacht in Freiheit gesetzt worden. Sie trafen heute früh in Kaschau ein und begaben sich sofort zur Polizeidirektion.

Der englische Kriegsminister in Berlin. Der englische Kriegsminister Thomas Shaw weilt zur Zeit in Begleitung mehrerer Herren in Berlin und ist im Hotel Excelsior abgeblieben. Wie schon mitgeteilt, beabsichtigt Shaw eine Autotour durch Deutschland zu machen. Der Berliner Besuch des englischen Ministers soll, wie von ausländischer Seite verlautet, einen rein privaten Charakter haben.

Dr. Weber geschäftsführendes Vorstandsmittglied des Deutschen Städtetages. Der Vorstand des Deutschen Städtetages wählte in seiner Sitzung am Donnerstag Bürgermeister Dr. Weber-Königsberg zum geschäftsführenden Vorstandsmittglied. Dr. Weber hat die Wahl angenommen. Er wird in der Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages gleichzeitig das Finanzdezernat verwalten.

Der ehemalige König von Spanien in Joppot und Danzig. Der auf einer Nordlandreise befindliche englische Touristendampfer Biceron of India traf gestern früh auf der Joppoter Nebe ein. Unter den Passagieren befand sich auch der ehemalige König Alfons von Spanien, der unter dem Namen eines Herzogs von Toledo die Nordlandreise mitmacht. König Alfons, der beim Betreten des Joppoter Seesteges von einer mehrere hundert Personen zählenden Menschenmenge begeistert begrüßt wurde, fuhr von Joppot mit dem Auto nach Danzig, um die Sehenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein zu nehmen.

Balkonplatzdemonstration zu Gefängnis verurteilt. Eine Anzahl Kommunisten, die am 9. August anlässlich der Demonstration am Balkonplatz in Berlin festgenommen wurden, wurden am Donnerstag vom Schnellrichter im Volksgerichtshaus auf Grund der Notverordnung des Reichs-

präsidenten vom 28. März 1931 zu Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten verurteilt.

Verbot der Wochenchrift „Der pommerische Landbund“. Der Oberpräsident der Provinz Pommern hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausfärbungen v. 28. März 1931 die in Stettin erscheinende Wochenchrift „Der pommerische Landbund“ mit sofortiger Wirkung bis zum 28. August 1931 einschließlich verboten.

Zeitungsverbot in Koburg. Die Regierung von Oberfranken hat die in Koburg erscheinende nationalsozialistische „Nationalzeitung“ mit sofortiger Wirkung auf 14 Tage verboten. Verbot erfolgte wegen eines Artikels, in dem die Regierung eine Verächtlichmachung des Stadtkommissars erklärte und wegen dessen auch gegen die Beschlagnahme des Blattes erfolgte.

Herzlicher Empfang des Reichspräsidenten in Dietramszell.

V. Dietramszell. Der Empfang des Reichspräsidenten v. Hindenburg in Dietramszell gestaltete sich wieder besonders herzlich. Zur Begrüßung des Gastes hatten sich neben der Familie v. Schiller die Vertreter des Bezirksamtes Wolfratshausen, der Gemeinden Schwarg und Dietramszell, der katholischen und der evangelischen Geistlichkeit eingefunden. Eine große Menschenmenge begrüßte den Reichspräsidenten mit brauenden Hochrufen. Nach der Begrüßung durch Frau v. Schiller erwiderte der Reichspräsident an einem Fenster des Schlosses und sprach an der immer wieder in begeisterte Rufe ausbrechende Menschenmenge: „Ich danke Ihnen von Herzen für den Empfang. In dieser schweren Zeit tut mir das besonders wohl.“ Der Aufenthalt des Reichspräsidenten ist auf etwas über drei Wochen vorgesehen.

Das Reichstarell des selbständigen Mittelstandes

veranstaltete gestern im ehemaligen Herrenhaus eine stark besuchte Kundgebung zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise. — Stadtrat Koppel-Mandeburg, Mitglied des Reichsrats, betonte, es müsse anerkannt werden, daß Reichskanzler Dr. Brüning und seine Regierung den energischen Versuch unternahme, die Fehler einer früheren verfehlten Wirtschaftspolitik wieder auszumachen. Der Reichskanzler habe auch die Absicht bekundet, für die mittleren und kleinen Wirtschaftsbetriebe eine besondere Staatsbilliaktion zu unternehmen. Es solle eine Kommission unter Beteiligung von Mittelstandsvertretern eingesetzt werden, die bei der Aufstellung des zukünftigen Wirtschaftsprogramms mitberatend teilnimmt.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Vorträgen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der von der Regierung gefordert wird:

1. Dem Reichstag ein Ausführungsgefeß zum Artikel 164 der Reichsverfassung unverzüglich vorzulegen.
2. Die Finanz- und Verwaltungsreform sofort durchzuführen.
3. Abschaffung aller Zwangs- und staatlichen Planwirtschaftsbestrebungen.
4. Förderung der Bankinstitute, die ihr Kreditkapital vornehmlich in Klein- und Mittelbetrieben anlegen.
5. Sofortige Liquidierung aller nicht aus einem Allgemeinbedürfnis unbedingt erforderlichen Betriebe der öffentlichen Hand.
6. Teilnahme der Fachorganisationen des selbständigen Mittelstandes an allen vorbereitenden Beratungen der für den Wiederanbau unserer Wirtschaft und Finanzen erforderlichen Maßnahmen und dem von uns geforderten Wirtschaftsprogramm.

Ein amerikanisches Dementi.

K. Washington. Unterstaatssekretär Calkie gab amtlich bekannt, daß die gegenwärtig in Tokio unter Aufsicht stehenden Flieger Vangoren und Oerndon nicht im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten gehandelt hätten.